EP-U-01-454-3

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Paul Bunjes (Kaiserslautern KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Von Zeile 453 bis 454 einfügen:
EU-Ebene festgelegt werden müssen. Im Rahmen der GAP fordern wir einen 15 Milliarden Euro schweren Naturschutzfonds.

Solidarische Preise für auskömmliches und nachhaltiges Wirtschaften

Viele landwirtschaftliche Betriebe leiden unter ständig schwankenden Preisen. Die Übermacht des Einzelhandels und unnötiger und schädlicher globaler Handel mit austauschbaren Gütern tragen dazu bei. Produkte, die wie Getreide und Milch fast überall auf der Welt erzeugt werden können, werden weltweit gehandelt und treiben so Europas Landwirt*innen in einen brutalen Wettbewerb, Kleinsterzeuger*innen wie in Afrika und Lateinamerika in den Ruin. Umwelt, Menschen und Tiere bleiben langfristig auf der Strecke.

Die notwenigen Veränderungen für eine ökologischere und gerechtere Landwirtschaft gibt es nicht zum Null-Tarif. Die Mehrkosten müssen an die Verbraucher*innen weitergegeben werden, die in großer Mehrheit auch bereit sind, für bessere Standards zu zahlen.

Wir fordern vom Einzelhandel, dass er regionale Vermarktung vorantreibt und ohne unnötig weite Transportwege auskommt, dass er Landwirt*innen auf Augenhöhe begegnet und nicht das Höfesterben beflügelt.
Der Einzelhandel kann und muss einen großen Beitrag zur Agrarwende leisten.
Daher wollen wir auch marktregulierende Mechanismen prüfen, um Preise zu stabilisieren und Kostendeckung zu erreichen. Wir fordern europaweite Regelungen, um Preisdumping mit Lebensmittelbereich zu beenden.

Begründung

Um unsere Landwirtschaft in Europa und in der Welt zukunftsfest zu machen, brauchen die Betriebe Planungssicherheit. Wer mehr Tierwohl fordert, Mineraldünger und Pestizide reduzieren möchte, muss die betrieblichen Mehrkosten mittragen. Eine gerechte und solidarische Weitergabe dieser Kosten scheitert gerade am Einzelhandel, der in seiner übermächtigen Position die Preise diktiert, zu denen er bereit ist, Erzeugnisse abzunehmen. Sind Produkte mit hohen Standards "zu teuer", werden sie aus anderen Ländern mit niedrigeren Standards eingekauft. Viele Landwirt*innen fühlen sich ohnmächtig und sind zu Recht frustriert. Lasst uns also Lösungen suchen, wie wir die Agrarwende auf ein sicheres und breites Fundament stellen können. Das gelingt nur, wenn wir den Einzelhandel in die Verantwortung nehmen.

weitere Antragsteller*innen

Carsten Jansing (Rhein-Lahn KV); Patrick Zwiernik (Koblenz KV); Ingrid Bäumler (Mayen-Koblenz KV); Corinna Rüffer (Trier KV); Lydia Enders (Bitburg-Prüm KV); Philipp Retzlaff (Werra-Meißner KV); Ina von Dreusche (Westerwald KV); Corinna Kastl-Breitner (Neustadt-Weinstraße KV); Klaus Christmann (Bad Dürkheim KV); Felix Schmidt (Zweibrücken KV); Kristin Kosche (Rhein-Lahn KV); Michaela Jubelius (Mayen-Koblenz KV); David Weis (Mainz KV); Johannes Reinig (Rhein-Pfalz KV); Klaus Ernst Paul Puchstein (Ahrweiler KV); Andreas Hartenfels (Kusel KV); Silke Dietz (Mainz-Bingen KV); Tim Markovic (Bad Kreuznach KV); Dirk Raik Dreher (Ludwigshafen-Stadt KV)